

A4neuneu Kapitel 3: Verwaltung stärken und in die Zukunft investieren

Antragsteller*innen:

Status: Modifiziert

1 3.1 Verwaltung erneuern und modernisieren

2 Die Verwaltung soll für die Menschen da sein. Doch ein Termin beim Bürgeramt,
3 Heiraten am Samstag oder Elterngeld bevor die Elternzeit vorbei ist, wurden in
4 den letzten Jahren für viele Berlinerinnen und Berliner zum Glücksspiel. Das ist
5 die Folge der Personalpolitik von SPD und CDU im Bezirk und im Land, durch die
6 unser Bezirk in fünf Jahren 220 Vollzeitstellen einsparen muss und musste.
7 Dadurch hat unser Bezirk auch mit verlorenen Einnahmen, ungenutzten
8 Förderprogrammen und höheren Sozialausgaben durch mangelnde Kostenkontrolle zu
9 kämpfen. Während andere Bezirke Ausnahmen ausgehandelt oder den Personalabbau in
10 der Praxis abgeschwächt haben, hält der Bezirksbürgermeister stur am
11 Personalabbau fest. Damit muss Schluss sein: Wir Grüne werden uns einem
12 konzeptlosen Personalabbau weiterhin entgegenstellen, damit die Verwaltung
13 endlich wieder in allen Bereichen ihre Aufgaben erledigen kann.

14 Der Personalabbau, die steigende Arbeitsbelastung und ein hoher Krankenstand
15 machen die Arbeit in der Bezirksverwaltung für Berufsanfängerinnen und -anfänger
16 immer unattraktiver. Da der Verwaltung ein Generationswechsel bevorsteht und die
17 Dienstleistungen durch neue digitale Möglichkeiten angeboten werden sollen,
18 brauchen wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch den Schwung und die
19 Ideen junger, motivierter Menschen. Die Vielfalt im Bezirk muss sich dabei auch
20 in der personellen Besetzung in der Verwaltung widerspiegeln.

21 Um attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen, sind flexiblere Arbeitszeiten oder
22 Home Office für uns denkbar. Durch eine Ausbildungsinitiative möchten wir junge
23 Menschen für eine Laufbahn in der Verwaltung begeistern. Dafür werden wir auch
24 auf die Hochschulen und Universitäten zugehen, um Studierende schon während
25 ihrer Ausbildung für eine Arbeitsstelle in der Bezirksverwaltung zu gewinnen.

26 Für unsere Verwaltung brauchen wir die qualifiziertesten Köpfe. Dafür müssen die
27 Stellenbesetzungen transparent und zügig durchgeführt werden. Verfahren, die
28 mehrere Monate dauern, strapazieren die Geduld der Bewerberinnen und Bewerber
29 und sind nicht konkurrenzfähig. Hier wollen wir Bürokratie abbauen und
30 freihändige Stellenbesetzungen beenden, um Vetternwirtschaft auszuschließen.
31 Gleichstellungsziele sollen konsequent verfolgt und Diskriminierung bekämpft
32 werden. Dafür wollen wir erste Versuche von anonymisierten Bewerbungsverfahren
33 im Bezirksamt ausbauen. Für uns zählen Ausbildung, Fähigkeiten und Motivation
34 und nicht, wer wen mit welchem Parteibuch kennt.

35 Um die Verwaltung an die heutigen Anforderungen der Menschen in unserem Bezirk
36 anzupassen, werden wir die Möglichkeiten ausbauen, von zuhause aus online
37 Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies gehört für uns zu den
38 Voraussetzungen einer modernen Großstadt.

39 3.2 Investitionsmittel sichern und in die Zukunft investieren

40 Durch die Vorgaben des Berliner Senats musste unser Bezirk viele Jahre
41 zusätzlich sparen, weil unser Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken
42 beispielsweise mehr Kosten je Schüler*in aufwendet. Dadurch bestraft das Land
43 Berlin die Bezirke, die ungünstige Voraussetzungen wie große Schulgebäude mit

44 hohen Unterhaltungskosten haben oder die auf Qualität anstatt auf Quantität
45 setzen. Für die „Haushaltssanierung“ nutzten SPD und CDU finanzielle Mittel, die
46 für wichtige Investitionen vorgesehen waren. Das Ergebnis sehen die
47 Anwohner*innen an jeder Ecke: Der Bezirk ist zwar „schuldenfrei“, nimmt dafür
48 aber alleine an den Schulen einen Sanierungstau von 120 Millionen Euro in Kauf.
49 Von den allein im Jahr 2016 „eingesparten“ drei Millionen Euro
50 Investitionsgeldern hätten an zwölf Schulen Toiletten saniert werden können. Das
51 Geld fehlt aber auch den Berliner Bauunternehmen und Handwerksbetrieben, die mit
52 diesen Aufträgen neue Arbeitsplätze hätten schaffen können.

53 Im Jahr 2015 haben wir zusätzlich sechs Millionen Euro für die Grundsanierung
54 der Schulen erstritten. Doch hier muss sich angesichts des riesigen
55 Sanierungstaus noch viel mehr bewegen. Dafür wollen wir in Zukunft neue Wege
56 gehen: Anders als bisher wollen wir nationale und europäische Förderprogramme
57 nutzen, um die Probleme in unseren Kiezen besser und schneller zu lösen und um
58 mehr Mittel für Investitionen nutzen zu können. Um diese Mittel beantragen und
59 verwalten zu können, wollen wir qualifiziertes Personal anstellen.

60 Wir wollen nicht an Zukunftsinvestitionen sparen, sondern unsere Verwaltung so
61 gestalten, dass alle Abteilungen wirtschaftlich arbeiten - vom Ordnungsamt bis
62 zum Schulamt. Wir wollen, dass Schulen, Bibliotheken, Parks, Sportanlagen,
63 Jugendeinrichtungen und Bürogebäude schneller und umfangreicher saniert werden –
64 für die, die sie nutzen und für die, die darin arbeiten. Deshalb möchten wir
65 dafür sorgen, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld verbaut wird,
66 damit sich Schulkinder wieder auf die Toiletten trauen oder Sportanlagen wieder
67 gefahrlos genutzt werden können. Denn weitere fünf Jahre verantwortungslose
68 Sparpolitik werden nicht nur unsere Kinder doppelt bezahlen müssen: heute als
69 Schülerinnen und Schüler, die in maroden Schulen lernen müssen, und morgen als
70 Steuerzahlerinnen und -zahler. Wir wollen die strukturellen Probleme angehen, um
71 die Grundlagen für unsere Zukunft zu schaffen.

72 3.3 Wirtschaftlichen Aufschwung fördern und Potenziale erschließen

73 Die Wirtschaft in unserem Bezirk boomt und wir sehen große Chancen in dieser
74 Dynamik. Dafür brauchen wir eine moderne Wirtschaftsförderung, welche die
75 Gründerszene ebenso in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt wie die kleinen
76 Handwerksbetriebe in den Kiezen. Deshalb wollen wir diesen Bereich personell
77 stärken und dafür sorgen, dass die Verwaltung Unternehmen und anderen
78 wirtschaftlich Tätigen bei ihren Problemen wie unkoordinierte Baustellen vor der
79 Ladentüre, dem Fachkräftemangel oder Maßnahmen im Bereich der
80 Ressourceneffizienz weiterhilft. Für uns ist bezirkliche Wirtschaftspolitik ein
81 Querschnittsthema: von guten Schulen, welche die Fachkräfte von Morgen
82 ausbilden, über die klassische Förderung von Start-Ups und den kleinen und
83 mittelgroßen Unternehmen, bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
84 Wirtschaftspolitik betrifft alle Fachbereiche im Bezirksamt und muss endlich den
85 Stellenwert bekommen, den sie verdient.

86 Wir wollen die weichen Standortfaktoren im Bezirk, wie gepflegte Grünanlagen und
87 ein reichhaltiges Kulturangebot, ebenso stärken wie Orte des Austauschs und des
88 Netzwerkens, um Gründer*innen zu unterstützen. Außerdem setzen wir uns für
89 freies WLAN im Bezirks ein und wollen dafür öffentliche Gebäude als Standorte
90 für Initiativen wie Freifunk bereitstellen. Wir wollen eine nachhaltige
91 Tourismusedwicklung, die allen Menschen im Bezirk zugutekommt. Hierzu werden

92 wir in den touristischen Hotspots die Interessensgemeinschaften vor Ort
93 weiterentwickeln und unerschlossene Potenziale in den anderen Bezirksregionen
94 erschließen. Außerdem möchten wir, dass mehr Menschen vom Wirtschaftsaufschwung
95 profitieren. Daher werden wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die
96 Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen, damit offene Stellen besetzt und auch
97 Menschen in schwieriger Lage Perspektiven eröffnet werden.

98 3.4 Armut bekämpfen und Perspektiven eröffnen

99 Wer Hilfe braucht, hat nicht nur Anspruch auf Hilfe, sondern auch auf offene
100 Türen in den Ämtern sowie auf gute Beratung. Das geht nur mit genug Personal und
101 daran wollen wir nicht sparen. Darüber hinaus werden wir das bezirkliche
102 Beschwerdemanagement verbessern: Beschwerden und Anregungen sollen schneller
103 bearbeitet und transparent einsehbar sein. Für das Jobcenter werden wir eine
104 Ombudsstelle einrichten, die Beschwerden über das Jobcenter neutral prüft.

105 In jeder Familie wollen wir mindestens eine Person in Arbeit oder Ausbildung
106 bringen. Für diejenigen, die im Arbeitsmarkt in der „freien Wirtschaft“ nicht
107 mithalten können, sollen Bezirksamt und Senat verlässliche Arbeitsmöglichkeiten
108 schaffen. Durch Anpassungsqualifizierung beim Jobcenter und Überzeugung der
109 Arbeitgeber*innen wollen wir den Übergang vom Minijob zur Vollzeitstelle
110 unterstützen. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag gegen die steigende Armut
111 trotz Arbeit leisten. Auch die Altersarmut in unserem Bezirk wollen wir angehen.
112 Gemeinsam mit der Seniorenvertretung werden wir dafür werben, Hilfen wie die
113 gesetzliche Grundsicherung in Anspruch zu nehmen und nicht aus Scham ungenutzt
114 zu lassen.